

Ort, Datum:

Antragsnummer (wird von GSE ausgefüllt)

2024

GSE gGmbH
Gesellschaft für StadtEntwicklung
„Platzausbauprogramm Hilfen zur Erziehung und
Eingliederungshilfe Jugend“
Stargarder Str. 8
10437 Berlin

*Anträge zur Förderung für das Programmjahr 2024
können nach Maßgabe vorhandener Fördermittel
laufend gestellt werden.*

*Der Antrag muss in zweifacher Ausfertigung mit
rechtsverbindlicher/n Unterschrift/en eingereicht werden.*

Antrag auf Gewährung einer Zuwendung zum Ausbau stationärer Plätze der Hilfen zur Erziehung und der Eingliederungshilfe Jugend

- Gemäß Rahmenbedingungen des Programms zum Ausbau stationärer Plätze der Hilfen zur Erziehung und der Eingliederungshilfe für junge Menschen im Land Berlin in der Fassung vom 02.05.2024 -

Es werden Fördermittel in Höhe von _____ € zur Schaffung stationärer Plätze der Hilfen zur Erziehung oder der Eingliederungshilfe Jugend beantragt:

1. Trägerangaben

Name des Trägers:

Als Träger bieten wir bereits folgende Leistungsangebote an:

- | | |
|--|--|
| <input type="checkbox"/> ambulante Leistungen der Jugendhilfe | <input type="checkbox"/> ambulante Leistungen der Eingliederungshilfe |
| <input type="checkbox"/> teilstationäre Leistungen der Jugendhilfe | <input type="checkbox"/> teilstationäre Leistungen der Eingliederungshilfe |
| <input type="checkbox"/> stationäre Leistungen der Jugendhilfe (inkl. Erstaufnahme/Clearing UMF) | <input type="checkbox"/> stationäre Leistungen der Eingliederungshilfe |

Trägeranschrift:

☞ vollständige Anschrift

Erreichbarkeit des Trägers:

Telefon:

E-Mail:

Standort für den Aufbau des neuen Leistungsangebotes, für das eine Zuwendung beantragt wird:

☞ *vollständige Anschrift*

Nummer der Transparenzdatenbank

wurde beantragt und wird nachgereicht.

Ein Auszug der Transparenzdatenbank mit den geforderten Angaben wie Anschrift, Sitz, Rechtsform, Gründungsjahr, Satzung, Gemeinnützigkeitsbescheinigung, Entscheidungsträger liegt bei bzw. wird nachgereicht.

Betriebserlaubnis gem. § 45 SGB VIII

soll bei SenBJF – V D /Einrichtungsaufsicht für _____ Plätze beantragt werden.

Eine Erstberatung und Vorprüfung der Erlaubnisfähigkeit des Standortes ist erfolgt.

☞ *Bauliche Maßnahmen sind mit der Einrichtungsaufsicht abzustimmen.*

Ansprechpartner/in bei der Einrichtungsaufsicht ist _____.

Rechtsform:

- e.V.
- gGmbH
- Stiftung des öffentlichen Rechts
- Sonstige

Gemeinnützigkeitsnachweis:

- Der Nachweis liegt als Anlage bei.
- Der Nachweis ist am _____ beantragt worden.
- Entfällt, weil _____

Mitglied im Verband:

Vorsteuerabzugsberechtigung:

- Nein
- Ja, der Nachweis liegt als Anlage bei.

**Bankverbindung:
(Einrichtung eines Bausonderkontos)**

Bank:

IBAN:

BIC:

Kontoinhaber:

Satzung oder Gesellschaftsvertrag:

☞ Es muss stets eine Ausfertigung der aktuell geltenden Fassung der Satzung oder des Gesellschaftsvertrages sowie ein aktueller Vereinsregisterauszug vorliegen.

a) Satzung oder Gesellschaftsvertrag

liegt als Anlage bei.

b) Der Vereins- oder Handelsregisterauszug

liegt als Anlage bei.

Falls a) und b) nicht zutreffen:

gesetzliche Grundlage der rechtsgeschäftlichen Vertretung (Auszug)

Nachweis der Unterschriftsberechtigung

**Zur rechtsgeschäftlichen Vertretung
befugte Person(en) des Trägers:**

☞ Name, Vorname in Druckbuchstaben

1.

2.

3.

Unterschriftenprobe(n):

Ansprechpartner/-in des Trägers für den Antrag und die Umsetzung des Vorhabens:

Name, Vorname:

Funktion:

Telefon:

E-Mail:

Erklärungen des Trägers

Datenspeicherung

Mir/uns ist bekannt, dass die im Antrag enthaltenen Daten durch die GSE - Geschäftsstelle elektronisch gespeichert werden und die für die Programmdurchführung erforderlichen Daten an einen Service-Partner übermittelt werden.

Mir/uns ist bekannt, dass im Falle einer Förderung aus dem Förderprogramm Träger-, Einrichtungs- und Projektdaten an den Rechnungshof des Landes Berlin, die beteiligten Senatsverwaltungen von Berlin sowie parlamentarischen Ausschüssen übermittelt werden.

Mir/uns ist bekannt, dass vom Zuwendungsgeber die Zuwendung mit folgenden Angaben im Internet (Zuwendungsdatenbank) ggf. veröffentlicht wird:

Name und Postanschrift des Zuwendungsempfängers, Art, Höhe und Zweck der Zuwendung.

Datum

Rechtsverbindliche Unterschrift(en) der zur
rechtsgeschäftlichen Vertretung befugten
Person(en)

Bonitätsprüfung

Ich versichere/ Wir versichern die Vollständigkeit der Angaben zur Finanzierung des Vorhabens und zum Finanzierungsplan, insbesondere zur Art und Höhe der zu erwarteten Einnahmen (Nr. 3 Finanzierungsplan).

Ich verpflichte mich/Wir verpflichten uns, alle im Antrag gemachten Angaben bei Bedarf zu belegen. Ich werde/Wir werden die Geschäfts- und Bewilligungsstelle zudem **unverzüglich schriftlich** unterrichten, wenn sich hinsichtlich von Umständen, zu denen ich/wir Angaben gemacht habe/haben, Änderungen ergeben.

Gleichzeitig erkläre ich/ erklären wir, dass keine Vergleichs-, Konkurs-, Sequestrations- (Zwangsverwaltung) bzw. Vollstreckungs- oder Insolvenzverfahren gegen den Träger bevorstehen bzw. beantragt oder eröffnet sind.

Mir/ Uns ist bekannt, dass aufgrund unrichtiger oder unvollständiger Angaben unberechtigt erhaltene Finanzmittel unverzüglich zurückzuzahlen und ab Empfang mit 5 v.H. über dem Basiszinssatz zu verzinsen sind.

Mir/ Uns ist bekannt, dass die Angaben, die im Antragsverfahren nach Nr. 3.4.1 bis 3.4.3 Ausführungsvorschriften (AV) zu § 44 LHO gemacht werden, als subventionserheblich gelten. Die Strafbarkeit eines Subventionsbetruges nach § 264 (Strafgesetzbuch) StGB ist mir/uns bekannt.

Datum

Rechtsverbindliche Unterschrift(en) der zur rechtsgeschäftlichen Vertretung befugten Person(en)

Antrag zum vorzeitigen Maßnahmebeginn

Aufgrund der großen Eilbedürftigkeit der Umsetzung des Vorhabens wird die Zustimmung zum vorzeitigen Maßnahmebeginn beantragt.

Schriftliche Begründung:

Mir / Uns ist bekannt, dass rechtliche Verpflichtungen (Auftragsvergabe, Vertragsabschlüsse etc.) für das Projekt erst eingegangen werden dürfen, wenn die Genehmigung des vorzeitigen Maßnahmebeginns erteilt wurde. Mir/ Uns ist ferner bewusst, dass mit der Genehmigung des vorzeitigen Maßnahmebeginns keine Zusage für die Gewährung einer Zuwendung verbunden ist.

Datum

Rechtsverbindliche Unterschrift(en) der zur
rechtsgeschäftlichen Vertretung befugten
Person(en)

2. Projektangaben/Vorhaben

Förderzweck

Mit den Fördermaßnahmen sollen

 Anzahl eintragen

_____ neue stationäre Plätze zur langfristigen Nutzung entsprechend einer der folgenden stationären Angebotsformen zur Unterbringung einer der folgenden Zielgruppen geschaffen werden:

<input type="checkbox"/>	Kinder und Jugendliche mit komplexen Hilfebedarfen an der Schnittstelle von Jugendhilfe, Eingliederungshilfe und Kinder- und Jugendpsychiatrie (stationäre Leistungsangebote nach §§ 34, 35a SGB VIII oder nach dem SGB IX)
<input type="checkbox"/>	Unterbringung von Kindern und Jugendlichen in akuten Krisensituationen (Leistungsangebote nach § 34 SGB VIII bzw. zur Unterbringung im Rahmen der Inobhutnahme nach § 42 SGB VIII, z.B. regionale Krisengruppe für Kinder und Jugendliche mit und ohne Behinderung)
<input type="checkbox"/>	Leistungsangebote nach § 34 SGB VIII, die entsprechend dem aktuellen gesamtstädtischen Bedarf insbesondere für Unbegleitete Minderjährige Geflüchtete bereitgestellt werden.

Die Plätze sollen entsprechend einer der folgenden Rahmenleistungsbeschreibungen geschaffen werden

Kennziffer	Bezeichnung der Angebotsform entsprechend den Rahmenleistungsbeschreibungen des BRV Jug
<input type="checkbox"/> A3, A4	Schichtdienstgruppe Intensivleistung nach § 34 bzw. nach § 35a SGB VIII
<input type="checkbox"/> A 42, A3	Inobhutnahme nach § 42 SGB VIII bzw. Krisenintervention in Schichtdienstgruppe Intensivleistung nach § 34 SGB VIII
<input type="checkbox"/> A5, A6, A7	Gruppenangebot Wohngemeinschaft verschiedener Betreuungsdichten nach § 34 SGB VIII
<input type="checkbox"/> A1	Schichtdienstgruppe mit geringerer Betreuungsdichte nach § 34 SGB VIII

Kennziffer	Bezeichnung der Angebotsform entsprechend Rahmenvertrag Eingliederungshilfe (BRV EGH)
<input type="checkbox"/> WHKJE	Leistungsangebot: Einrichtung über Tag und Nacht für Kinder, Jugendliche und junge Menschen mit einer Behinderung (WHKJE)

<input type="checkbox"/>	Es wird ein Trägervertrag außerhalb der oben benannten Rahmenleistungsbeschreibungen angestrebt.
--------------------------	--

Kreuzen Sie bitte an, für welche der Module des Platzausbauprogramms Sie eine Förderung beantragen möchten:

<input type="checkbox"/>	Einmalige Starthilfe als Festbetragsfinanzierung (Modul a.1) <i>☞ Kann nur in Verbindung mit Modul a.2 beantragt werden</i>
<input type="checkbox"/>	Zuschuss pro Platz für Sanierung/ Renovierung und bauliche Maßnahmen als Anteilfinanzierung (Modul a.2)
<input type="checkbox"/>	Zuschuss pro Platz für Erstausstattung als Anteilfinanzierung (Modul b)
<input type="checkbox"/>	Zuschuss für Maßnahmen der Personalgewinnung und -qualifizierung als Anteilfinanzierung (Modul c) <i>☞ Kann nur in Verbindung mit Modul a.2 beantragt werden. Der Antrag für Modul c kann zeitgleich mit dem Antrag für Modul a.2 oder zu einem späteren Zeitpunkt gestellt werden, nämlich dann, wenn der Abschluss der baulichen Maßnahmen und die Eröffnung des Leistungsangebotes absehbar ist.</i>

Sicherung der Gesamtfinanzierung

<input type="checkbox"/>	Die Gesamtfinanzierung des Vorhabens ist gesichert.
<input type="checkbox"/>	Es erfolgte eine Vorprüfung der voraussichtlich anfallenden Gesamtausgaben (Investitionskosten sowie laufende Kosten bei Betrieb der Einrichtung) und der Abbildbarkeit der Gesamtausgaben im angestrebten Trägervertrag durch den Trägervertragsbereich der SenBJF.
<input type="checkbox"/>	Ansprechpartner/-in Trägervertragsbereich der SenBJF ist _____.

Beschreibung des Vorhabens und der geplanten Maßnahmen zur Erreichung des Förderzwecks „Schaffung von Plätzen“ jeweils bezogen auf die Module (Was wird von Ihnen jeweils in Bezug auf die Module umgesetzt, um neue stationäre Plätze zu schaffen?):

Modul a.1 (Starthilfe):

☞ Es können Personalmittel im Umfang von bis zu 20.000,- € beantragt werden. Alternativ können die Mittel auch für Dienstleistungen (z.B. Beratungsleistungen) in Anspruch genommen werden.

Modul a.2 (Sanierung/ Renovierung und bauliche Maßnahmen):

Modul b (Erstausstattung):

Modul c (Personalgewinnung und -qualifizierung):

Bezugnehmend auf Antrag vom _____ *Bitte bei späterer Antragstellung angeben.*

Voraussichtlicher Umsetzungszeitraum/Zeitpunkt der geplanten Inbetriebnahme

3. Finanzierungsplan:

(siehe Nr. 1.2 Satz 1 ANBest-P)

Aufstellung des Finanzierungsplans jeweils pro Modul

Modul a.1: Einmalige Starthilfe als Festbetragsfinanzierung	Betrag in € 2024	Betrag in € 2025
Höhe der beantragten Personalmittel <i>☞ Es können Personalmittel im Umfang von bis zu 20.000,- € beantragt werden. Alternativ können die Mittel auch für Dienstleistungen (z.B. Beratungsleistungen) in Anspruch genommen werden. Die beabsichtigte Verwendung muss auf Antragsseite 9 erläutert werden.</i>		

Modul a.2: Zuschuss pro Platz für Sanierung/ Renovierung und bauliche Maßnahmen als Anteilfinanzierung	Betrag in € 2024	Betrag in € 2025
Schätzung der Ausgaben für das Gesamtvorhaben (KG 300 - KG 500) für Sanierung/Renovierung und bauliche Maßnahmen zur Schaffung der neuen Plätze (Kostenschätzung der Ausgaben nach DIN 276 bitte als Anlage beifügen)		
Baunebenkosten (KG 700 Dienstleistungen z.B. Architekt, Gutachten) <i>☞ Die mit den Investitionen verbundenen Dienstleistungen (z.B. Architektenleistungen, Gutachten) dürfen den Umfang von 20% der Baukosten nicht überschreiten.</i>		
Ausgaben insgesamt		
Einnahmen		
a) Erwartete Zuwendung der SenBJF <i>☞ Finanziert werden bis zu 30 % der anfallenden Ausgaben, maximal jedoch 45.000,- € pro Platz.</i>		
b) Eigenmittel		
c) Zuwendungen von anderen behördlichen oder nichtbehördlichen Stellen		
d) Drittmittel bspw. Spenden, Stiftungsgelder		
Einnahmen insgesamt		

Modul b: Zuschuss pro Platz für Erstausrüstung als Anteilfinanzierung	Betrag in € 2024	Betrag in € 2025
Schätzung der Gesamtausgaben für die Erstausrüstung zur Schaffung der neuen Plätze (Aufstellung/ Schätzung der Ausgaben als tabellarische Anlage bitte beifügen)		
Einnahmen		
a) Erwartete Zuwendung der SenBJF <i>☞ Finanziert werden bis zu 30% der anfallenden Ausgaben, maximal jedoch 1.400,- € pro Platz</i>		
b) Eigenmittel		
c) Zuwendungen von anderen behördlichen oder nichtbehördlichen Stellen		
d) Drittmittel bspw. Spenden, Stiftungsgelder		
Einnahmen insgesamt		

Modul c: Zuschuss für Maßnahmen der Personalgewinnung und -qualifizierung als Anteilfinanzierung	Betrag in € 2024	Betrag in € 2025
Ausgaben der geplanten Maßnahmen (Maßnahme in der linken Spalte jeweils bitte kurz bezeichnen und die Ausgaben je Maßnahme in der rechten Spalte ausweisen) (ggf. Aufstellung/ Schätzung der Ausgaben als tabellarische Anlage bitte beifügen.) <i>☞ Finanziell unterstützt werden Maßnahmen mit Ausgaben im Umfang von insgesamt bis zu 75.000,- €</i>		
Maßnahme 1:		
Maßnahme 2:		
Maßnahme 3:		
Maßnahme 4:		
Maßnahme 5:		
Ausgaben insgesamt		
Einnahmen		
a) Erwartete Zuwendung der SenBJF		
b) Eigenmittel <i>☞ Der beantragende Leistungserbringer soll Eigenmittel im Umfang von 10% der Gesamtausgaben realisieren.</i>		

c) Zuwendungen von anderen behördlichen oder nichtbehördlichen Stellen		
d) Drittmittel bspw. Spenden, Stiftungsgelder		
Einnahmen insgesamt		

4. Angaben zum Objekt

Das Objekt befindet sich

im Eigentum des Antragstellers.

im Eigentum des Landes Berlin.

in Privatbesitz

☞ Wenn sich das Gebäude in Privatbesitz befindet, können nur nutzerbedingte bauliche Maßnahmen gefördert werden. Eine Wertsteigerung von privatem Eigentum durch Fördermittel ist ausgeschlossen.

Sonstiges:

Für das Objekt besteht ein

Mietvertrag

Pachtvertrag

Nutzungsvertrag

Es besteht für das Gebiet des Projektes ein städtebaulicher Vertrag.

Es besteht für das Objekt ein Erbbaurechtsvertrag mit Sonderverpflichtung (z.B. 1€ -Kauf)

Sonstiges:

Der jeweilige Vertrag liegt als Anlage bei.

Der geltende Vertrag läuft bis zum:

Die Mindestlaufzeit laut Förderrichtlinie ist damit eingehalten.

5. Weitere Erklärungen des Trägers

Förderung der Beschäftigung von Frauen und der Vereinbarkeit von Beruf und Familie

Mir/Uns ist bekannt, dass die Verordnung über die Berücksichtigung der aktiven Förderung der Beschäftigung von Frauen und der Vereinbarkeit von Beruf und Familie bei der Gewährung freiwilliger Leistungen aus Landesmitteln (Leistungsgewährungsverordnung – LGV) ab einer Zuwendungssumme von 25.000 € **und** einer Beschäftigung von mehr als 10 Arbeitnehmer/innen verpflichtend ist.

Die LGV findet Anwendung.

ja

nein

Bei ja:

Die Verpflichtungserklärung gemäß § 3 Abs. 1 der LGV füge/n ich/wir bei.

☞ Die Verpflichtungserklärung ist vollständig auszufüllen, d.h. es sind in jedem Falle Maßnahmen zur Frauenförderung und/oder zur Förderung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu nennen.

Gender-Angaben

Aufgrund eines Beschlusses des Abgeordnetenhauses ist die Bewilligungsstelle gehalten, im Zusammenhang mit der Zuwendungsgewährung, Informationen zur geschlechtergerechten Verteilung (Gender) zu erheben. Sie behält sich daher vor, Angaben zur Teilnehmerstruktur (weiblich/männlich) und zur geschlechtsspezifischen Beschäftigungsstruktur anzufordern.

Sofern formalisierte Verwendungsnachweise eine entsprechende Datenerhebung nicht vorsehen, sind vom Zuwendungsempfänger entsprechende Angaben in den Sachbericht aufzunehmen.

Landesmindestlohngesetz

Ich erkläre/Wir erklären, dass

- ich/ wir meinen/unseren Verpflichtungen zur Zahlung mindestens nach dem Mindestlohngesetz für das Land Berlin (Landesmindestlohngesetz) vom 18.12.2013 (GVBl. S.922) oder einer aufgrund des Landesmindestlohngesetzes erlassenen Rechtsverordnung jeweils aktuell maßgeblichen Mindestlohnes von zur Zeit _____ € brutto pro Zeitstunde, solange und soweit ich/ wir vom Land Berlin Zuwendungen erhalte/erhalten, nachkomme/n und Kontrollen der Einhaltung dieser Verpflichtung durch die Bewilligungsbehörde für alle bei mir/uns im Inland beschäftigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern im Sinne von § 3 Landesmindestlohngesetz – ungeachtet des Umstandes, ob sie konkret in einem geförderten Projekt oder in einer institutionell geförderten Einrichtungen tätig sind oder nicht – insbesondere durch Einblick in die Entgeltabrechnungen unverzüglich ermöglichen und unterstützen werde/ werden.
- ich/ wir in den Fällen, in denen Leistungen, die zur Erfüllung eines Zuwendungszwecks im Rahmen von Dienst- und Werkverträgen an Dritte vergeben werden, von diesen die schriftliche Verpflichtung verlangen werde/werden, ihren die Leistungen ausführenden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern im Sinne von § 3 Landesmindestlohngesetz dabei mindestens den

Mindestlohn nach Maßgabe des § 9 Landesmindestlohngesetzes zu zahlen, und Kontrollen der Einhaltung dieser Verpflichtung durch die Bewilligungsbehörde insbesondere durch Vorlage der schriftlichen Verpflichtung unverzüglich ermöglichen und unterstützen werde/ werden.

- ich mir/ wir uns dessen bewusst bin/sind, dass ein Verstoß gegen diese Verpflichtungen zur ganzen oder teilweisen Rückforderung der gewährten Zuwendungsmittel führen kann.

Maßnahmebeginn

Ich erkläre/ Wir erklären, dass mit der Maßnahme noch nicht begonnen wurde. Mir/uns ist bekannt, dass ohne Zustimmung der GSE – Geschäftsstelle – mit einem vorzeitigen Maßnahmebeginn mit dem Vorhaben nicht begonnen werden darf.

Erklärung zur Förderung der Vorhaben

Ich versichere/Wir versichern, dass für die beantragten Maßnahmen aus keinem anderen öffentlichen Förderprogramm Fördermittel bewilligt worden sind (Ausschluss der Doppelfinanzierung).

Ich verpflichte mich/ Wir verpflichten uns, der GSE - Geschäftsstelle - **unverzüglich** mitzuteilen, wenn für einen Teil der hier beantragten Maßnahme(n) aus anderen öffentlichen Förderprogrammen beantragte Fördermittel bewilligt werden. Des Weiteren verpflichte ich mich/verpflichten wir uns, im Falle einer Mittelreservierung und Förderung aus dem Platzausbauprogramm des Landes Berlin parallele Anträge auf Fördermittel für diese Maßnahme aus anderen öffentlichen Förderprogrammen zurückzuziehen. Förderungen anderer Vorhaben und Maßnahmen als dem/den hier beschriebenen bleiben davon unberührt.

Die Anlagen sind gemäß Rahmenbedingungen, Punkt 6 - Antragsverfahren, beigelegt.

Ort, Datum

Rechtsverbindliche Unterschrift(en) der zur rechtsgeschäftlichen Vertretung befugten Person(en)